

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 17. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Feuerwehr, Umwelt, Seen und Tourismus der Gemeinde Schkopau am 07.06.2022

Ausschuss für Ordnung,
Feuerwehr, Umwelt, Seen und
Tourismus

Schkopau, den 14.06.2022

Sitzung am: 07.06.2022

Beginn: 18:32 Uhr

Ende: 21:17 Uhr

Ort, Raum: 06258 Schkopau, Schulstraße 18, Bürgerhaus, Bürgersaal (Erdgeschoss)

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4. Einwohnerfragestunde
- TOP 5. Entscheidung über die Einwendungen zur Niederschrift und Beschlussfassung über die Niederschrift der 16. Sitzung vom 26.04.2022 (öffentlicher Teil)
- TOP 6. Bericht des Bürgermeisters
- TOP 7. Bekanntgabe von (amtlichen) Mitteilungen
- TOP 8. Informationen der Gemeindefeuerwehrleitung / des Gemeindejugendfeuerwehrwartes
- TOP 9. Protokollkontrolle
- TOP 10. Beratung Feuerwehrsatzung / 2. Lesung
- TOP 11. Informationen zur Notstromversorgung in den Kindertagesstätten
- TOP 12. Beratung Nebenabreden zum Vertrag der Parkplatzbewirtschaftung
- TOP 13. Informationen der Verwaltung
- TOP 14. Anfragen und Anregungen
- TOP 15. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Sitzungsverlauf:

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Um 18:32 Uhr eröffnet Herr Rattunde die Sitzung.

TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 4 von 7 Ausschussmitgliedern anwesend, wobei Herr Pomian vertreten wird von Frau Ewald. Beschlussfähigkeit ist gegeben.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 17. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Feuerwehr, Umwelt, Seen und Tourismus der Gemeinde Schkopau am 07.06.2022

TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge werden nicht gestellt. Nach vorliegender Tagesordnung wird verfahren.

TOP 4. Einwohnerfragestunde

Um 18:34 Uhr wird die Einwohnerfragestunde eröffnet.

Herr X hat verschiedene Anliegen:

- Er berichtet, dass die Kirchenuhr in Korbetha 4 verschiedene Uhrzeiten anzeigt. Der leuchtende Weihnachtsstern ist seit 2 Jahren nicht mehr da. An wen kann er sich wenden.
- Im Protokoll steht, Herr X erhält eine kurzfristige Antwort – diese fehlt bis heute.
- Die Bezeichnung „Herr X“ im Protokoll findet er fürchterlich.

Herr Ringling äußert, dass die Verwaltung die Info zur Kirchenuhr und zum Stern an die Kirche weitergebe. Diese ist dafür zuständig.

Herr Kuphal antwortet auf das zweite Anliegen, dass die Wiese sich im Privatbesitz befinde. Solange von dort keine Gefahren ausgehen, habe man keine Handlungsmöglichkeiten. Auf Privatgrund liegt die Sache etwas anders als im öffentlichen Raum.

Herr Rattunde rät, eine „Besorgnisanzeige“ an Gemeinde und Landkreis zu machen. Dann erhält Herr X eine fundierte Antwort, insbesondere, wenn es sich um eine gewerbliche Umnutzung der Fläche handelt.

Herr Kuphal informiert zum 3. Anliegen, dass Namen in öffentlichen Dokumenten lt. Datenschutzverordnung anonymisiert werden müssen.

Die Einwohnerfragestunde wird um 18:41 Uhr geschlossen.

TOP 5. Entscheidung über die Einwendungen zur Niederschrift und Beschlussfassung über die Niederschrift der 16. Sitzung vom 26.04.2022 (öffentlicher Teil)

Frau Ewald hat folgende Anmerkungen bzw. Einwendungen:

- TOP 6, 3. Absatz (*Dienstberatung Kreisbrandmeister*) – es lagen Gründe vor, dass Teilnehmer nicht anwesend waren (Termindopplung)
- TOP 6, 4. Absatz (*Jahreshauptversammlung Raßnitz*) – Herr Ringling war zur eigentlichen Hauptversammlung nicht anwesend, kam später
- TOP 10, 3. Absatz (*Atemschutzgeräteträger*) – das passt nicht zusammen, „konkrete Anzahl“ müsste ins Protokoll
Herr Schmidt ergänzt: Er habe in der Sitzung nach Soll und Ist gefragt.
- S. 5, Abs. 2 – das ist vom Inhalt nicht gut formuliert, sollte umformuliert werden.
- S. 5, Mitte (*Herr Schmidt zum Ehrenamt*) – Frau Ewald versteht nicht, worum es geht. Der Satz „Frau Ewald sieht darin eine große Diskrepanz.“ soll gestrichen werden.
- S. 6, § 14 „*Es findet eine Mehrheitswahl statt.*“ – Was heißt das?
Zur Antwort von Herrn Kuphal - mehr als 50 % der anwesenden stimmberechtigten Kameradinnen und Kameraden - meint Frau Ewald, dass man das besser und einfacher formulieren möge.
- S. 7, § 15 „*Frau Ewald widerspricht diesem Absatz.*“ – Diesen Satz bitte streichen.
- S. 8, 3. Absatz „*Frau Ewald betonte nochmals*“ Diesen Satz bitte streichen.
- S. 9, Treffen mit der LMBV, letzter Absatz „*Frau Ewald wies dringend darauf hin ...*“: *Änderung des 2. Satzteiles in: „... dass mit dem Wegfall des Bergrechts und vor der Übertragung an die Gemeinde Schkopau geprüft werden muss, welche Kosten auf die Gemeinde zukommen.“*

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 17. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Feuerwehr, Umwelt, Seen und Tourismus der Gemeinde Schkopau am 07.06.2022

- S. 9, *Schließsystem an Schranken*, 4. Absatz – Änderung der Worte von „... direkten Anwohner...“ in „...anliegende Grundstückseigentümer...“

Herr Wilhelm hat folgenden Einwand:

- S. 10, 3. Absatz, *letzter Satz*: - Streichung des Wortes „Eventuell“

Die Niederschrift wird mit den Änderungen mehrheitlich mit einer Enthaltung genehmigt.

TOP 6. Bericht des Bürgermeisters

Herr Ringling berichtet, dass er den Auftrag zur Organisationsuntersuchung der Servicestation ausgelöst und in dem Zusammenhang um eine schriftliche Antwort zur Fertigstellung gebeten habe. Die Firma hat mitgeteilt, dass sie Ende Juni mit den Arbeiten beginnen wird. Diese werden ca. 2 – 3 Monate in Anspruch nehmen.

TOP 7. Bekanntgabe von (amtlichen) Mitteilungen

Dieser TOP entfällt.

TOP 8. Informationen der Gemeindefeuerwehrleitung / des Gemeindejugendfeuerwehrwartes

Dieser TOP entfällt.

TOP 9. Protokollkontrolle

- Frau Ewald fragt zu TOP 10 des letzten Protokolls, ob die Prüfung, wo die fehlenden Mittel für die Aufwandsentschädigung herkommen sollen, schon erfolgt ist.
Herr Kuphal antwortet, dass es noch kein formulierbares Ergebnis gibt.
- Frau Ewald bemerkt, dass das Einfahrverbotsschild für LKW an der B 6 immer noch zu weit vorn steht.
Herr Rattunde meint, dass es in Höhe Fa. Nagel stehen müsste, dort ist die Wendemöglichkeit am besten. Die Verwaltung soll sich noch einmal an das Straßenverkehrsamt wenden, um das Schild dorthin versetzen zu lassen.
Herr Gasch ergänzt, dass die verkehrsrechtliche Anordnung nicht umgesetzt wurde. Dort ist es an diesem Ort festgelegt.
- Zum TOP 12 – Camping - fragt Frau Ewald, was dort passiert.
Herr Kuphal meint, die Anfrage kam später von Herrn Riesner und müsste im nächsten Punkt Sicherheitsdienst untergebracht werden.
- Frau Ewald fragt, ob es HH-Reste gibt (S. 10, TOP 14). Herr Kuphal verneint.
- Herr Wanzek möchte wissen, ob zum Schulweg Wallendorf die PNVG bereits eine Antwort gegeben hat.
Herr Ringling berichtet, dass er einen Entwurf habe. Ein Termin wurde heute abgesagt. Zu gegebener Zeit wird er berichten.

TOP 10. Beratung Feuerwehrsatzung / 2. Lesung

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 17. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Feuerwehr, Umwelt, Seen und Tourismus der Gemeinde Schkopau am 07.06.2022

Herr Kuphal führt zu den Überarbeitungen der Satzung (gelbe Markierungen) aus:

- § 5 (3) neue Formulierung ⇒ damit geht man sämtlichen Unwägbarkeiten aus dem Weg
- § 5 (7) neue Formulierung mit „Stellungnahme des Kreisbrandmeisters“ ⇒ Sicherung der rechtlichen Seite
- Herr Wanzek fragt nach dem Pressesprecher.
Herr Kuphal berichtet, dass die Kommunalaufsicht auf dem Standpunkt steht, Aufgaben des Pressesprechers sind Aufgaben der Gemeindeführung. Es gibt keinen eigenen Pressesprecher der Feuerwehr.
- § 6 – ist das Gleiche wie bei Gemeindeführung, nur auf Ebene Ortswehrlitung
- § 13 (1) – Es wird wieder auf die Ebene Mitgliederversammlungen der Ortswehren zurückgeführt. Erst ab Dienstgrad Brandmeister ist die Beförderung auf der Ebene Gemeindeführung vorgesehen.
Frau Ewald äußert, dass im Beamtenrecht Personen nicht rückwirkend ernannt werden. Wie ist das bei der Feuerwehr?
Herr Kuphal informiert, dass die Verleihungen keinen rechtsverbindlichen Charakter haben und es rechtlich keine Auswirkungen hat. Beamtenrecht wird nicht herangezogen. Im Vorfeld wird geprüft, ob die Voraussetzungen erfüllt sind.
Herr Schmidt äußert, dass bei Ereignissen wie Pandemielagen, keine Beförderungen nach Satzung stattfinden. Wir brauchen eine Formulierung, die uns nicht festlegt.
Vorschlag Frau Ewald: Einfügen der Worte „in der Regel“.
- § 14 (3) - Hier geht es um reguläre Einsatzkräfte der Feuerwehr.
Diskutiert wird über das Thema Stimmabgabe durch Briefwahl. Das Thema soll mit Ortswehrlitern und Gemeindeführung besprochen werden. Evtl. kann man einen zusätzlichen Punkt „Wahlen“ in die Satzung aufnehmen.
- §15 (3) – Es wurde eine Konkretisierung vorgenommen.
Frau Ewald äußert sich zu Absatz 2 des § 15 – Lt. letzter Sitzung sollen private Endgeräte nicht grundsätzlich verboten werden. Jedoch soll es bei Beschädigung oder Verlust keinen Ersatz geben.
Dem hat Herr Kuphal Rechnung getragen mit der Formulierung „... haben ... im Gerätehaus zu verbleiben.“
- Frau Ewald fragt zu § 1 (2), ob man nicht einen Vermerk machen kann, dass die Feuerwehr Burgliebenau in Auflösung ist.
Herr Kuphal informiert, dass die Feuerwehr noch besteht und rechtlich noch nicht aufgelöst ist. Wenn man den Paragraphen in der Satzung ändert, ist diese nicht gültig. Man könnte eine Änderungssatzung hinterherschoben oder mit der Satzung warten, bis die Feuerwehr endgültig aufgelöst ist.
Für Frau Ewald ist das Ganze unverständlich; es ist nicht logisch für etwas, was es nicht mehr gibt.
Herr Bedemann schlägt vor, den alten Brandschutzbedarfsplan zu nehmen, nur die Änderung anzuzeigen und im Ministerium einzureichen.
Herr Kuphal meint, damit komme man beim Landkreis nicht durch, weil die Gemeinde den ganzen Plan ändern muss. Er denkt, dass zur nächsten Sitzung der Brandschutzbedarfsplan vorgelegt werden kann.
- Herr Gasch ist der Meinung, dass eine Wahl nach KVG in Präsenz stattfinden muss. Es sind alle am gleichen Tag gewählt worden. Wo ist dann der Stellvertreter? Herr Kuphal äußert, dass es zum aktuellen Zeitpunkt einen amtierenden Gemeindeführer und einen Stellvertreter für Technik gibt. Außerdem muss lt. KVG eine Wahl nicht in Präsenz stattfinden. Frau Ewald ergänzt, dass man immer noch Herrn Ringling als obersten Dienstherrn der Feuerwehr habe.
Herr Rattunde fasst zusammen, dass das Thema Wahlen weiter vertieft werden muss.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 17. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Feuerwehr, Umwelt, Seen und Tourismus der Gemeinde Schkopau am 07.06.2022

TOP 11. Informationen zur Notstromversorgung in den Kindertagesstätten

Herr Kuphal führt aus:

Normalerweise gilt der Katastrophenschutzplan des Landkreises.

Die vorhandenen Unterlagen einer Black-out-Konzeption der Gemeinde Schkopau sind sehr dürftig und bedürfen einer Überarbeitung.

Hauptsächlich geht es darum, sogenannte „Leuchttürme“ zu schaffen sowie die Versorgung und Unterbringung der Menschen sicherzustellen und die FF-Geräte-Häuser zur Verfügung zu halten. Weitere Punkte wären ggf. Verwaltungsgebäude als Org.- oder Anlaufpunkte für die Bevölkerung. Auch Kraftstoffe müssen sichergestellt werden. Prioritäten müssen anders gesetzt werden. Die Gemeinde verfügt über keine Einrichtungen (Kitas) mit Notstrom.

Herr Wilhelm sieht nicht die Gemeinde in der Verantwortung. Es geht doch darum, dass die Einrichtungen für anderes genutzt werden. Vorgehensweisen müssen von „höherer Stelle“ festgelegt werden. Die Gemeinde kann und muss daraus ableiten, was zu tun ist.

Herr Schmidt teilt diese Meinung nicht. Als Träger und Betreiber der Kindereinrichtungen hat die Gemeinde sicher zu stellen, dass die Kinder nicht zu Schaden kommen und sei es nur, dass die Kinder in z. B. Turnhallen solange betreut werden, bis die Eltern sie abholen können. Das hat aber auch planungstechnische Dinge zur Folge. Man soll sich schon mit der Leuchtturmplanung in der HH-Diskussion 2023 Gedanken machen. Tatsache ist, dass wir Stand NULL haben.

Herr Ringling äußert, dass in einer Sitzung beim Landrat gesagt wurde, die Gemeinden haben keine Verpflichtung, die Kinder in solchen Notfällen zu betreuen. Das Ganze muss nicht nur finanziell sondern auch personell abgedeckt werden. Es gibt weder vom Bund noch vom Land eine wirkliche Planung, die es gilt umzusetzen.

Herr Rattunde äußert, dass dies düstere Aussichten sind und den Eltern Angst macht. Es gibt schon ein paar Regeln, die intern wirken und vom Bürgermeister an die Kita-Leitungen gegeben werden können. In einem Notfall müssen die Kinder in Schule, Hort und Kita solange betreut werden, bis die Eltern oder Beauftragte sie abholen. Dies regelt sich über die Aufsichtspflicht. Geklärt werden muss, wie dies bei Stromausfall in den genannten Einrichtungen, z.B. in dunkler Jahreszeit, gewährleistet werden kann (Notstromversorgung).

Herr Gasch teilt seinen Kenntnisstand mit: Die Stromversorgung kann durch jede Feuerwehr erfolgen. Er fragt nach, wie es mit dem Essen aussieht. Die Feuerwehr Döllnitz war Versorgungseinheit.

Herrn Kuphal ist das neu, hat darüber keinen Kenntnisstand.

Frau Ewald äußert: Wenn ein Black-Out stattfindet, gehen die Meisten nicht mehr arbeiten. Ja – man muss vorbereitet sein, aber: Man sollte keine Ängste schüren.

Herr Rattunde fasst zusammen: Kitas sind eingeordnet in eine Reihenfolge mit FF-Gerätehäusern und Verwaltungsgebäude als organisatorische Stabsstelle brauchen deshalb eine Priorität in der technischen Notstromversorgung.

TOP 12. Beratung Nebenabreden zum Vertrag der Parkplatzbewirtschaftung

Herr Kuphal führt aus:

Die Dinge, die im letzten Ordnungsausschuss gefordert wurden, hat er einfließen lassen und Ergänzungen formuliert. Haupt- und Nebensaison wurden definiert. Die Benutzung der WC-Anlage

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 17. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Feuerwehr, Umwelt, Seen und Tourismus der Gemeinde Schkopau am 07.06.2022

wurde konkretisiert, die Reinigung auch in der Nebensaison wurde ergänzt. Mit dem Pächter wurden die Angaben mündlich besprochen, jedoch noch nicht unterschrieben.

Frau Ewald fragt, ob nach der Hauptsaison das Toilettenhaus geschlossen und nicht mehr gereinigt wird. Im Oktober/November zieht es immer noch viele Leute an den See.

Sie fragt weiter zu § 6: Abstellen von Wohnmobilen/-anhängern soll erlaubt sein, obwohl Campen verboten ist. Das klingt komisch. Ist das sinnvoll? Muss das für diesen Parkplatz sein? Sie fragt weiter, ob es eine Gebührensatzung gibt – man nimmt Parkplatzgebühren ein und die Gemeinde legt fest, wie hoch diese sind.

Herr Kuphal antwortet, dass dies Einnahmen des Konzessionärs sind. Die Preisfestlegung ist nur für ihn gedacht, damit er nicht über Gebühr Beiträge verlangt.

Herr Rattunde ergänzt, dass dies nur eine Festlegung sei, auf die er sich als Unternehmer eingelassen hat.

Frau Ewald erwidert, dass man hier – also die Gemeinde - ein privatrechtliches Entgelt festlegt.

Herr Wilhelm schlägt vor den Wortlaut zu ändern in „ ... darf nicht übersteigen...“ oder „ ...im Preisrahmen...“

Bezüglich der Toilettenreinigung will Herr Kuphal noch mal mit dem Konzessionär sprechen. Frau Gudofski erinnert daran, dass in der Winterzeit die Toiletten wegen Frostgefahr geschlossen waren.

Herr Schulze fragt, wer die Kontrolle übernimmt bezüglich des Campens und was bei Verstößen passiert.

Herr Kuphal antwortet, dass dafür der Pächter zuständig ist und er sich mit seiner Unterschrift unter dem Vertrag verpflichtet, die Einhaltung zu kontrollieren. Er zahlt an die Gemeinde einen Pachtzins, den Ertrag behält er für sich.

Frau Ewald würde in § 6 den 2. Satz „*Grundsätzlich ist nur das Parken erlaubt.*“ streichen.

Herr Schmidt würde alle Hinweise auf *Parken* und *längerfristig* streichen sowie für Parkgebühren eine Obergrenze festlegen.

Herr Wilhelm sieht die Reglementierung der Öffnungszeiten kritisch – der Ort könnte zugeparkt werden. Er zeigt die aktuelle Situation in seinem Ortsteil anhand von Fotos.

TOP 13. Informationen der Verwaltung

Herr Kuphal führt aus:

- Ab 15.6.2022 werden die Sprechzeiten im Einwohnermeldeamt erweitert. Künftig wird als zusätzlicher Öffnungstag Mittwoch von 9-12 Uhr eingeführt. Grund ist die vermehrte Beantragung von Ausweispapieren.
- Die Online-Terminvergabe für das Einwohnermeldeamt ist heute auf der Homepage für die Antragstellung von Reisepässen, Personalausweisen sowie An-/Ab-/Ummeldungen des Wohnsitzes gestartet. Alles andere geht auch weiterhin ohne Termin.
 - Frau Ewald weist darauf hin, dass man auf der Homepage nach der Online-Terminvergabe suchen muss. Das muss leichter ersichtlich werden.
 - Herr Ringling berichtet, dass man nicht erst warten wollte, bis die neue Homepage online geht.
- Die Entwürfe der Allgemeinverfügungen für die Seen hat er per Rundmail verteilt. Die Gemeinde hat die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme an den Landkreis bis 17.06.2022.
 - Frau Ewald fragt, ob die Gemeinde Proben nimmt. Herr Kuphal berichtet, dass dies der Landkreis macht.
 - Frau Ewald hat dem Anschreiben entnommen, dass die Verfügung unbefristet werden soll.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 17. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Feuerwehr, Umwelt, Seen und Tourismus der Gemeinde Schkopau am 07.06.2022

Auf den Text eingehend meint sie, dass deutlicher wäre, wenn dort steht: „Anderes ist nicht zugelassen.“

Stand up paddling sollte Berücksichtigung finden. Die Angler sollten auch mit angehört und ihnen Gelegenheit gegeben, sich zu beteiligen. Auf der Verteilerliste des LK SK stehen sie nicht. Sie fragt weiter, wer die Kontrollen der Einhaltung der Allgemeinverfügung übernimmt.

Herr Kuphal informiert, dass dies der Sicherheitsdienst macht. Ursächlich zuständig ist der Landkreis. Die Modernisierung der Wassersportarten und Anhörung von Anglern hat er sich notiert.

- Frau Gudofski berichtet, dass sich ihr Ortschaftsrat jährlich dazu geäußert hat, gerade auch in Bezug auf Hunde. Man sollte jetzt die Zeit nutzen, sich aktiv einbringen zu können.
- Herr Brauer fragt, ob jemand Parkgebühren entrichten muss, der nur sein Boot ins Wasser lassen will.
Das Gremium meint, das liegt in der Verantwortung des Pächters.
- Herr Wilhelm fragt, warum man Surfbretter nur an einer Stelle ins Wasser lassen darf, und nicht an allen Stränden.

Herr Schmidt verweist auf den Masterplan für die Seen aus der letzten Wahlperiode, worauf Herr Wilhelm meint, dass dieser auch einer Überarbeitung bedarf.

- Zu den Stellenausschreibungen SB Gewässer und Naturschutz sowie SB Feuerwehr und Katastrophenschutz ist eine 2. Ausschreibung erfolgt. Am 21.06.2022 finden Vorstellungsgespräche statt. Für den SB Außendienst sind Zuarbeiten an das Hauptamt gegangen. Dieses erstellt jetzt eine Stellenbeschreibung.
- Die Feuerwehren bewirtschaften ihre Außenanlagen nicht bzw. wollen es nicht. Gleiches trifft auf den Innenbereich zu. In der Vergangenheit wurde kommuniziert: Das macht die Servicestation. Gespräche ergaben, dass dies für das Team von Herrn Grobe nicht leistbar ist. Die Hausmeister fühlen sich nicht zuständig. Die Frage ist, inwieweit die Ehrenamtler dies selbst tun können (vorübergehend). In 2023 müsste die Gemeinde in jede Feuerwehr 1.000 € investieren und Geräte anschaffen. Die jährliche Grundreinigung wird in 2023 in den HH eingestellt werden.
 - Frau Ewald möchte wissen, welcher monatliche Zeitaufwand zur Pflege der Außenanlagen der Feuerwehren aufgebracht werden müsste. Betrifft dies alle Feuerwehren, geht es nur um Rasenmähen oder Schnee kehren?
 - Herr Bedemann äußert, dass dies in den letzten Jahren gar kein Diskussionsthema war. Die Außengelände sind relativ pflegeleicht gestaltet. Die Feuerwehren haben das bisher selbst gut gemacht. Man müsste schon genau wissen, wo es jetzt klemmt und hakt. Aus den Feuerwehren muss kommen, was anliegt und was man sich vorstellt. Erst dann kann man sehen und sagen, was benötigt wird.
 - Frau Ewald vertritt die Meinung, dass man das Thema auf den Prüfstand stellen sollte, bevor man Festlegungen trifft und Mittel dafür in den HH einstellt.

TOP 14. Anfragen und Anregungen

- Frau Ewald hat Nachfragen zur letzten Deichschau. In ihrem Ortsteil wurden die Einwohner (am Vorfluter) angeschrieben, ob sie Genehmigungen für die Brücken haben. Das ist unverständlich, da diese Brücken schon seit 100 Jahren bestehen. Sie fragt, ob die Gemeinde auch angeschrieben wurde und ob es Protokolle der Deichschau gibt.
Herr Kuphal wartet auf diese Protokolle auch.
- Frau Ewald fragt, wann der Sicherheitsdienst bestätigt wurde und ob es ein Leistungsverzeichnis gibt.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 17. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Feuerwehr, Umwelt, Seen und Tourismus der Gemeinde Schkopau am 07.06.2022

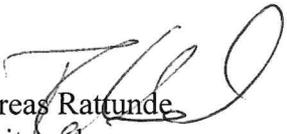
Herr Kuphal informiert, dass der Sicherheitsdienst ab übermorgen seine Arbeit aufnimmt, wenn der HH Rechtskraft erlangt. Ein Leistungsverzeichnis gibt es nicht.

Herr Schmidt meint, dass das Gremium im letzten Jahr genau formuliert hat, was man haben will. Das ist voriges Jahr nur nicht zur Anwendung gekommen.

- Herr Wilhelm benötigt eine Einwohnerliste mit Adressen für seinen Ortsteil.
 - Herr Kuphal berichtet, dass nur die Möglichkeit besteht, anlassbezogene Daten zu erhalten.
- Herr Wilhelm hat schon im Gemeinderat zu Projektvorschlägen gesprochen und 4 Vorschläge eingereicht:
 - Wege an den Seen – Gosewanderweg, Via Regia, Pilgerweg
 - Südufer – sichere Zuwegung und geschützter Landschaftsbestandteil
 - Ertüchtigung Rüterweg durch FFH-Gebiet
 - Bahnübergang am Gleis in Lössen für extra Zuwegung
- Frau Ewald fragt, wann die Vorschläge für den neuen HH besprochen werden?
 - Herr Rattunde meint, dass das im Finanzausschuss der Beratungsbeginn nach der Sommerpause festgelegt wurde. Er ist sich sicher, dass die Verwaltung dem Gremium Vorschläge macht.
 - Frau Ewald fragt, ob jemand, der Schäden verursacht, diese auch beseitigt, ohne dass es den HH der Gemeinde belastet.
 - Herr Wilhelm führt als Beispiel an die Verfüllung der Brunnen. Das ist abgenommen worden, die Gemeinde hat zugestimmt.
- Herr Gasch fragt, wie man voran kommt mit der Richtlinie zur Pflege von Grünanlagen.
 - Herr Kuphal informiert, dass erste Vorarbeiten geleistet wurden. Es fehlt nur noch die Satzung oder Richtlinie, Er denkt, dass diese in ca. 1 Monat vorliegt und dann darüber gesprochen werden kann. Es ist auch immer noch in der Prüfung, die Pflege über Privatleute machen zu lassen.

TOP 15. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Um 21:17 Uhr beendet Herr Rattunde den öffentlichen Teil.


Andreas Rattunde
Vorsitzender


Martina Thomas
Protokollführerin